



# HESSISCHER LANDTAG

07. 05. 2024

Plenum

## Entschließungsantrag

**Fraktion der CDU,****Fraktion der SPD**

### **Die besten Kräfte für unsere Hochschulen durch gute und faire Arbeitsbedingungen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Der Landtag stellt fest, dass die Hessische Landesregierung mit den Verhandlungsergebnissen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst des Landes ein deutliches Zeichen für bessere Arbeitsbedingungen in Wissenschaft, Forschung und Lehre gesetzt hat, das bundesweit wahrgenommen wurde.
2. Der Landtag betont, dass der Erfolg der Hessischen Hochschulen in den letzten Jahren nicht zuletzt in der herausragenden Qualität des Hochschulpersonals begründet liegt. Dazu erkennt der Landtag an, dass die durch die Landesregierung geschaffenen Programme (z. B. LOEWE) ihren Teil dazu beigetragen haben, um Spitzenpersonal nach Hessen zu holen und hier auszubilden.
3. Der Landtag unterstreicht, dass die Tarifeinigung ein wichtiger Schritt ist, um den Wissenschaftsstandort Hessen weiter zu stärken und die Hessischen Hochschulen als Orte von Spitzenforschung und attraktiver Lehre im ständigen Wettbewerb mit nationalen und internationalen Hochschulstandorten weiter zu entwickeln.
4. Der Landtag stellt fest, dass das Land in den Verhandlungen zum Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst in Hessen die Zusage gemacht hat, mehr unbefristete Beschäftigungsverhältnisse für wissenschaftliches und künstlerisches Personal an den hessischen Hochschulen zu etablieren. Das mit den Gewerkschaften vereinbarte Ziel, im Rahmen der Verhandlungen zum nächsten Hochschulpakt die Anzahl unbefristeter Stellen in diesem Bereich auf mindestens 1.850 Stellen zu erhöhen, ist ein großer Schritt. Dies verbessert insbesondere die Situation des Mittelbaus.
5. Hessens Hochschulen und wissenschaftliche Einrichtungen haben sich in einem „Kodex für gute Arbeit“ verpflichtet, gute Lern- und Arbeitsbedingungen für Studium, Lehre und Forschung zu gewährleisten. Gute Arbeitsbedingungen und faire Rahmenbedingungen erhöhen die Attraktivität der Hochschulen und tragen dazu bei, eine Vielzahl von hochqualifizierten Forschenden, Lehrenden und Studierenden anzuziehen. Der Landtag begrüßt daher, dass die Landesregierung den Kodex evaluieren, hinsichtlich seiner bisherigen Wirksamkeit überprüfen und ihn auf dieser Grundlage weiterentwickeln will. Dabei sollte unter anderem der Umsetzungsstand – wie im aktuellen Kodex vereinbart – hinsichtlich der wesentlichen Ziele erhoben und gegebenenfalls mit den Hochschulen und Personalräten weitere Maßnahmen zu deren Erreichung vereinbart werden.
6. Der Landtag erkennt an, dass faire und gute Arbeits- und Rahmenbedingungen sowohl im Interesse der Beschäftigten als auch der Hochschulen notwendig sind. Sie dienen darüber hinaus dem Ziel, mehr wissenschaftlichem Personal verlässliche berufliche Perspektiven zu geben, die Familienfreundlichkeit des Wissenschaftssystems weiter zu stärken und es so noch attraktiver für Fachkräfte zu machen.
7. Der Landtag stellt fest, dass studentische Hilfskräfte einen wichtigen Beitrag für das Funktionieren des deutschen Hochschulsystems leisten. Der Landtag begrüßt deshalb, dass das Land Hessen mit der Erhöhung der Stundensätze für die Beschäftigung von studentischen Hilfskräften auf 13,46 € ab dem Sommersemester 2024 auf ein bundesweites Spitzenniveau steigen wird. Er stellt darüber hinaus fest, dass dies auch für die Vereinbarungen zur Mindestbeschäftigungsdauer von in der Regel einem Jahr und zum Beschäftigungsvolumen von

in der Regel zehn Wochenstunden gilt. Die geplante zukünftige Erhöhung entsprechend der Tarifsteigerungen wird zudem dazu führen, dass studentische Beschäftigungsverhältnisse in Hessen im Ländervergleich besonders attraktiv ausgestaltet sein werden.

8. Der Landtag begrüßt, dass sich die Landesregierung darüber hinaus für gute und verlässliche Arbeitsbedingungen für das wissenschaftliche wie auch für das nichtwissenschaftliche Personal an den Hochschul- und Wissenschaftsstandorten einsetzt, etwa durch verstärktes Hinwirken darauf, dass sachgrundlose Befristungen nur in Ausnahmefällen erfolgen sollen.

**Begründung:**

Erfolgt mündlich.

Wiesbaden, 7. Mai 2024

Für die Fraktion  
der CDU  
Die Fraktionsvorsitzende:  
**Ines Claus**

Für die Fraktion  
der SPD  
Der Fraktionsvorsitzende:  
**Tobias Eckert**